



Projektland: Ecuador

Quartal/Jahr: April bis Juni 2010

➤ **Erzwungene Bewegung in der Parteienlandschaft:**

Die neuen Gesetze und Regelungen über politische Parteien und Bewegungen zwingen die einzelnen politischen Lager, sich neu zu sortieren.

Der Hintergrund:

Die „Partidocracia“ ist in Ecuador verhasst. Das Wort steht für die Herrschaft der alten Parteien, besser gesagt: der alten Cliquen, die sich untereinander die Macht teilten und die größten Teile des Volkes außen vor ließen. Correas Wahlversprechen 2006 war es ausdrücklich, die Herrschaft der Parteien zu beenden und Ecuador zu einer „wahren Demokratie“ zu machen. Dafür löste er – illegal – das Parlament auf, ließ eine Verfassungsgebende Versammlung wählen und bescherte Ecuador 2008 die 20. Verfassung seit Gründung der Andenrepublik.

Die meisten Vertreter der Partidocracia wurden mit dem Machtantritt Correas hinweggespült; ihre Parteien lösten sich auf, wurden marginalisiert oder kämpften ums nackte Überleben. Untergegangen sind bereits die Christdemokraten mit ihrer Partei UDC, marginalisiert wurden die Sozialdemokraten (Izquierda Democrática) und ebenfalls im Existenzkampf befindet sich die Partido Social Cristiano (PSC), bis dato Inbegriff der alten Partidocracia und von Correa immer gerne als Feindbild genutzt.

Doch auch jüngere Parteien wie die Partei des Bananengroßhändlers Alvaro Noboa (PRIAN), die Partei des ehemaligen Staatspräsidenten und gescheiterten Putschisten Lucio Gutierrez, die Sociedad Patriótica (PSP) sowie die Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Abdalá „El Loco“ Bucaram, die Partido Roldosista Ecuatoriano (PRE), stehen vor großen Herausforderungen und Schwierigkeiten.

Das neue Gesetz über politische Parteien und Bewegungen

Diese Schwierigkeiten werden verursacht durch das neue Gesetz über politische Parteien und Bewegungen. Die Regierung um Staatspräsident Correa möchte die Zahl der Parteien und Bewegungen gering halten – was an sich keine so schlechte Idee ist. Deshalb wurden für den anstehenden obligatorischen Neueinschreibeprozess hohe Hürden aufgebaut:

Zunächst einmal müssen sich ecuadorianische Politiker entscheiden, ob sie eine Partei oder eine „Bewegung“ gründen bzw. wieder einschreiben wollen. Warum dieser Unterschied gemacht wird, ist rein technisch nicht zu erklären – es ist eigentlich völlig egal, ob man eine politische Gruppierung „Bewegung“ oder „Partei“ nennt, denn beide sollen die klassischen Funktionen einer politischen Partei erfüllen: Repräsentation, Interessenaggregation, Ausarbeitung und Formulierung politischer Programme und die Regierungs- bzw. Oppositionsbildung.



Welche Partei hat eine Zukunft?

Es macht jedoch in Ecuador durchaus einen Unterschied, ob man für die Gründung einer Partei oder einer Bewegung entscheidet. Für Parteien gelten striktere Regelungen bei der Einschreibung als für politische Bewegungen. Ein Beispiel: Parteien müssen bei der Einschreibung eine bestimmte Anzahl an „Afilaciones“, also Mitgliedschaften, vorlegen. Die Anzahl hängt davon ab, ob man eine nationale, regionale oder kommunale Gruppierung einschreiben will. Bei nationalen oder regionalen Gruppierungen kommt ein nationaler bzw. regionaler Proporz hinzu¹. Movimientos dagegen benötigen lediglich „Adherentes“, was man in etwa mit „Anhänger“ übersetzen kann. Die Zahl der nötigen „Afilaciones/Adherentes“ ist bei Partei oder Movimiento gleich, sie liegt auf nationaler Ebene bei 1,5% der Wahlberechtigten. Das allein ist schon nicht einfach – die weitaus bedeutendere Tücke liegt aber im Detail: Während es bei Movimientos beispielsweise genügt, die nötige Unterschrift und den Namen sowie die Ausweisnummer vorzulegen, müssen bei politischen Parteien auch verifizierte Angaben über Name, Passnummer, Passfoto in Farbe sowie eine Mitgliedschaftserklärung abgegeben werden. Während es also bei Movimientos genügt, DIN A4-Listen mit Namen und Unterschrift zu präsentieren, muss bei den Parteien pro Mitglied ein eigener Einschreibebogen ausgefüllt und ein Foto beigebracht werden. Allein von der Kostenfrage ist das in der Summe nicht unerheblich. Außerdem darf kein Bürger die Einschreibung von mehr als einer Partei unterstützen. Für Movimientos gilt diese Regel nicht.

Praktische Auswirkungen

Dass diese Anforderungen die politischen Parteien benachteiligen, liegt auf der Hand. Für die amtierende Regierung ist dies auch eine Möglichkeit, die letzten Überbleibsel der alten Partidocracia auf legalem Weg auszuschalten. Die alten Parteien werden Probleme haben, sich neu einzuschreiben; ein „Umschwenken“ auf eine politische Bewegung ist zwar theoretisch möglich, doch würde dies juristisch mit einer Neugründung gleichgestellt werden sodass z.B. bei der Traditionspartei PSC das – höchstwahrscheinlich nicht unbeachtliche – Parteivermögen nicht „mitgenommen“ werden könnte. Und das könnte die Kampagnenfähigkeit stark einschränken.

Insgesamt muss man aber festhalten, dass dieses Gesetz über Parteien und politische Bewegungen tatsächlich einen Beitrag dazu leisten könnte, die notwendige Entrümpelung des ecuadorianischen Parteiensystems voranzutreiben.

Die jüngste Entwicklung

Viele Parteien und Bewegungen haben mittlerweile damit begonnen, Unterschriften und Daten für die Einschreibung zu sammeln. Typisch ecuadorianisch ist hierbei (und das trotz des sehr restriktiven Parteiengesetzes), dass eine mehr oder weniger schillernde Anzahl ecuadorianischer Politiker die Gründung jeweils eigener Parteien oder Movimientos ankündigt. Correas eigener Bruder Fabricio „erwägt“ die Gründung einer eigenen politischen Kraft, um seinen Bruder aus dem Präsidentenpalast zu jagen; Carlos Vera, ein populärer Ex-Fernsehmoderator sieht sich ebenfalls als Retter des Vaterlandes und „prüft“ eine Parteigründung. Und so geht es munter weiter: Alvaro Noboa und auch Lucio Gutierrez wollen natürlich ihre eigenen Parteien behalten – und das ist durchaus wörtlich zu verstehen. Jaime Nebot, Christdemokrat und Bürgermeister von Guayaquil, hüllt sich noch in Schweigen, ob er weiterhin auf sein regionales Kunstprodukt „Madera de Guerrero“ oder doch auf seine alte Partei, die PSC, setzen soll.

¹ Für eine Einschreibung auf nationaler Ebene braucht man nicht nur eine Gesamtzahl von Mitgliedern, sondern diese muss sich auch auf eine bestimmte Anzahl und Art von Regionen verteilen, d.h. Gruppierungen, die ihre Hochburg nur in einigen Provinzen haben, tun sich schwer, ihre Gruppe auf nationaler Ebene einzuschreiben.

Es ist durchaus möglich, dass sich diese oben genannten Oppositionspolitiker gegenseitig so sehr behindern und gegenseitig die „Afiliaciones“ abjagen, dass auf nationaler Ebene kein Gegengewicht zu Correas Alianza País entsteht – und so die Dominanz dieser Strömung auf längere Zeit gesichert bleibt.

Auch Alianza País, das bunte Bündnis um Rafael Correa, hat noch nicht entschieden, in welcher Weise man in Zukunft agieren soll. Mitte September soll ein großer Kongress darüber entscheiden. PAIS ist jedoch die einzige Gruppierung die kaum Schwierigkeiten haben wird, sich entweder als Partei oder als Movimiento zu etablieren – wobei bei einer derart skeptischen Einstellung gegenüber der „Partidocracia“ doch vieles für eine Bewegung spricht.

➤ **Kolumbianische Charmeoffensive:**

Der neugewählte kolumbianische Staatspräsident Santos möchte die Beziehungen zu Ecuador wieder normalisieren.

Die Präsidentschaftswahlen im Nachbarland Kolumbien am 20. Juni dieses Jahres hätten eindeutiger nicht ausfallen können. Juan Manuel Santos, ehemaliger Verteidigungsminister und „Dauphin“ des bisherigen Staatsoberhauptes Alvaro Uribe, schlug in der Stichwahl seinen Gegenkandidaten Antanas Mockus mit überragenden 69,0 zu 27,5 Prozent der Stimmen.

Damit haben sich die Kolumbianer ziemlich eindrucksvoll für eine Fortsetzung der von Uribe propagierten Politik der „seguridad democrática“ ausgesprochen.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Wahl von Santos bei der amtierenden ecuadorianischen Regierung keinen Freudentaumel auslöste. Im Gegenteil: Die Regierung von Rafael Correa hatte sogar dafür gesorgt, dass Santos in Ecuador per Haftbefehl gesucht wird. Der Hintergrund ist die Bombardierung eines FARC-Lagers auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet durch kolumbianische Streitkräfte im Jahr 2008. Santos war damals Verteidigungsminister und einer der Masterminds hinter der Aktion, bei der unter anderem die „Nummer 2“ der FARC, Raúl Reyes, ums Leben kam. Bogotá hatte die Regierung in Quito nicht über den Angriff informiert, weil sie – wahrscheinlich nicht völlig zu Unrecht – Sympathisanten der FARC innerhalb der ecuadorianischen Regierung vermutete.

Militärisch war die Aktion sehr erfolgreich, doch diplomatisch war sie umso umstrittener. Ecuador unterbrach die diplomatischen Beziehungen und seither gab es nur zarte Versuche, die Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder zu normalisieren.

Ausgerechnet der neu gewählte Präsident möchte das nun ändern und beorderte noch vor seinem Amtsantritt seine künftige Außenministerin und seinen künftigen Vizepräsidenten zu Gesprächen nach Quito. Zudem signalisierte Santos Entgegenkommen in einem weiteren



Die Nachbarländer Ecuador und Kolumbien
Quelle: www.hotel-ami.com

Punkt: Bei der Bombardierung gelangte die kolumbianischen Armee auch in den Besitz eines FARC-Laptops mit brisanten Informationen. Dieser Laptop soll nun auch den ecuadorianischen Sicherheitsbehörden zugänglich gemacht werden.

Ecuadors Außenminister Ricardo Patiño machte bei alledem nicht gerade eine besonders gute Figur. Zunächst einmal kommentierte er das Wahlergebnis mit den Worten: „Wir werden das Ergebnis der Wahlen in Kolumbien akzeptieren“. Wobei man sich ernsthaft die Frage stellen kann: Was denn sonst? Doch dem Gesprächsangebot konnte er sich natürlich nicht entziehen und die Charmeoffensive von Santos schien erste Früchte zu tragen.

Dann kam der Tag, an dem Kolumbien eine Sondersitzung der OAS-Staaten beantragte, um bei dieser Gelegenheit Venezuela zu beschuldigen, FARC-Lager auf venezolanischem Gebiet wissentlich zu tolerieren. Gemäß der OAS-Charta kann ein Mitgliedsstaat eine außerordentliche Sitzung beim Permanenten Rat der OAS beantragen. Der ecuadorianische Karrierediplomat Francisco Proaño², von Correa hierfür kurzfristig aus dem Ruhestand zurück geholt, außerdem Botschafter Ecuadors bei der OAS und Generalsekretär des Rates, bekam die Bitte Kolumbiens auf Einberufung einer Sondersitzung zugeleitet. Nun muss man wissen, dass die OAS-Charta die sofortige Einberufung einer Sitzung zwingend vorschreibt, wenn ein Mitgliedsland darum bittet.

Wohlmeinende Zungen argumentieren heute, der ecuadorianische Außenminister sei über diese Regelung nicht informiert gewesen, denn er wies seinen Botschafter an, die Sitzung nicht einzuberufen. Damit brachte Patiño seinen eigenen Botschafter in eine unmögliche Situation: Entweder er handelte gegen die Statuten der OAS oder er widersetzte sich einer direkten Anweisung seines vorgesetzten Ministers. Der Diplomat zog die einzig mögliche Konsequenz und trat zurück – und überließ es somit seinem Stellvertreter aus Panamá, die Sitzung der OAS ordnungsgemäß einzuberufen.

Weniger wohlmeinende Zungen vermuten dahinter den direkten Einfluss des venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chávez, der die Regierung in Quito „bat“, die Sitzung zu suspendieren. Beweisen lässt sich diese These nicht - sie würde jedoch ein fatales Licht auf die von Correa so oft propagierte „neue Souveränität“ des Landes werfen. Und falls es tatsächlich die Unkenntnis des ecuadorianischen Außenministers war, dann darf sich Patiño eigentlich nicht wundern, wenn manche seine Eignung für den Job in Frage stellen.

➤ **Correa im Herbst zu Staatsbesuch in Deutschland**

Der ecuadorianische Staatspräsident Rafael Correa wird Anfang November dieses Jahres zu einem offiziellen Staatsbesuch in Berlin und Hamburg erwartet.

Der linkspopulistische ecuadorianische Staatspräsident Rafael Correa wird während seines zweitägigen Staatsbesuches unter anderem Bundespräsident Christian Wulff und Bundeskanzlerin Angela Merkel treffen. Nach den politischen Gesprächen in Berlin ist ein Aufenthalt in Hamburg geplant, wo Correa mit einer Gruppe deutscher Unternehmer zusammentreffen will. Hamburg ist als einer der größten europäischen Häfen als Wirtschaftspartner für die ecuadorianische Hafenstadt Guayaquil sehr interessant.



Merkel und Correa beim EU-Lateinamerika Gipfel 2008 in Peru
Quelle: dw-world.de

Hinter den Kulissen würden die Diplomaten auf beiden Seiten bis zum Herbst noch einiges zu besprechen haben, doch bei keinem einzigen der potenziellen Themen dürfte große Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungschefs herrschen.

Das Investitionsschutzabkommen

Da wäre zum Beispiel das Investitionsschutzabkommen zwischen Deutschland und Ecuador. Die Bundesregierung sieht keinerlei Anlass für jedwede Änderungen (warum auch, man könnte sagen, es ist ein normales Standardabkommen), doch seitens der Regierung der „Revolución Ciudadana“ wurde bereits gestreut, dass dieses Abkommen neu verhandelt werden müsse, weil es gegen die neue ecuadorianische Verfassung verstoße. Die ecuadorianische Regierung vertritt den Standpunkt, dass sich alle ausländischen Unternehmen, die in Ecuador tätig sind, ausschließlich ecuadorianischem Recht unterwerfen müssen. Und tatsächlich - so steht es auch in der neuen Verfassung. Man darf sich allerdings durchaus fragen, welches deutsche Unternehmen sich in Zukunft darauf einlassen sollte in einem Land zu investieren, in welchem bekanntermaßen die Rechtsunsicherheit eines der größten Probleme überhaupt ist.

Darüber hinaus wird ein Entgegenkommen der Bundesregierung kaum zu erwarten sein. Warum auch? Die Bundesrepublik unterhält gute Abkommen mit Peru und mit Kolumbien, und falls Ecuador sich da nicht anschließen will, wird das eher ein Problem für den kleinen Andenstaat als für die Bundesrepublik sein³.

Noch hat die ecuadorianische Regierung offiziell nichts gegen das Abkommen unternommen; doch angesichts der vor kurzem von Staatspräsident Correa an die Nationalversammlung ausgesprochenen „Bitte“, das Investitionsschutzabkommen mit Großbritannien zu kündigen, scheint eine einseitige Kündigung von Seiten Ecuadors allerdings nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Gesamtexporte von Ecuador nach Deutschland (in 1.000 USD)		Gesamtimporte von Deutschland nach Ecuador (in 1.000 USD)	
Jan bis Dez 2008	558,858	Jan bis Dez 2008	386,714
Jan bis Dez 2009	665,362	Jan bis Dez 2009	357,642
Vergleich 2008/2009	-16,01%	Vergleich 2008/2009	-7,52%

Quelle: statistisches Bundesamt Deutschland 2009

Um die Wirtschaftspolitik wird es wohl auch bei dem geplanten Treffen mit deutschen Unternehmern in Hamburg gehen. Wenn Correa dort die gleichen wirtschaftspolitischen Thesen vertreten sollte wie in seiner Heimat, dann kann er eigentlich glücklich sein, wenn er von deutscher Seite noch Höflichkeitsapplaus erntet. Und auch eine einseitige Kündigung des Investitionsschutzabkommens wäre kaum hilfreich, um diesem Treffen eine positive Grundstimmung zu verleihen.

Die deutschen Schulen

³ Ähnlich verhält es sich übrigens mit den Verhandlungen der EU über ein Handelsabkommen mit Ecuador. Mit Peru und Kolumbien ist man sich einig, einzig Ecuador fordert Sonderkonditionen. Angesichts des wirtschaftlichen Gewichts des Landes und der zu erwartenden Nachteile falls kein Abkommen zustande käme, ist die Position Correas eigentlich kaum verständlich und nur durch ideologische Sturheit zu erklären.

Ein weiteres Thema, das bei der Bundesregierung für Unmut sorgt, sind die deutschen Schulen in Ecuador. Die Schulen besitzen im Land zu Recht einen außerordentlich guten Ruf und bieten neben einem anerkannten ecuadorianischen Abschluss eben auch das deutsche Abitur an. Die ecuadorianische Regierung, auch Correa höchstpersönlich, hatte bei früheren Gelegenheiten das Konzept der deutschen Schulen in höchsten Tönen gelobt. Alle Schulen werden mit viel Geld aus dem deutschen Staatshaushalt unterstützt – und zu exakt null Prozent vom ecuadorianischen Haushalt. Dennoch – wiederum begründet in der neuen Verfassung – will der ecuadorianische Staat die Schulen unter Kuratel stellen. Es ist wiederum kaum vorstellbar und auch nicht nachvollziehbar, dass die Bundesrepublik sich vorschreiben lassen wird, wer an deutschen Schulen Rektor oder Lehrkraft wird. Und darauf liefe es hinaus.

Dauerbrenner Yasuní-ITT

Zu guter Letzt bliebe noch der Dauerbrenner schlechthin: das Ökologie-Projekt Yasuní-ITT. Aber hier gibt es in der Sache kaum Neuigkeiten zu vermelden. Außerdem ist das Projekt keine bilaterale Angelegenheit zwischen Ecuador und Deutschland, sondern vielmehr international.⁴

Die deutsche und die ecuadorianische Diplomatie werden also noch ein paar Überstunden einlegen müssen, um eventuell unangenehme Punkte im Vorfeld auszuklammern oder zu entschärfen, und so den Besuch zumindest nicht zum Misserfolg werden zu lassen.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Henning Senger, Projektleiter Ecuador
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – Homepage: WWW.HSS.DE
Erstellt Juli 2010

⁴ Mehr Informationen zum Thema Yasuní-ITT siehe:
http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/QB/Ecuador_QB_2010-I.pdf